

Niederschrift über die 6. öffentliche Sitzung des Beirates Obervieland am Dienstag, den 19.12.2023 von 19:00 Uhr bis 20:15 Uhr im Bürgerhaus Obervieland, Alfred-Faust-Str. 4, 28279 Bremen

Anwesende:

Beiratsmitglieder: Gesine Becker, Sven Boberg, Werner Bohlmann, Tuğba Böhrnsen, Andreas Breitzke, Sara Dahnken, Stefan Faber, Roman Fabian, Gabriele Klaassen (Online-Teilnahme), Christin Loroff (Online-Teilnahme), Klaus-Dieter Möhle, Ulf Nummensen, Klaus Sager, Frank Seidel, Heiko Zeller (Online-Teilnahme)

Fehlend: Derya Keyßler (e), Kubilay Pezük (e), Holger Sauer (e), Ewald Stehmeier (e)

Gäste: Frau Jank, Frau Galle (beide Amt für Soziale Dienste, Sozialzentrum Süd)

Sitzungsleitung: Michael Radolla, Ortsamt Obervieland

Protokoll: Theodor Dorer, Ortsamt Obervieland

Der Sitzungsleiter begrüßt die Beiratsmitglieder und Zuschauer:innen im Sitzungssaal, der Sitzungskonferenz sowie im Livestream und eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Der Beirat stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu. (Einstimmige Zustimmung, 15 Ja-Stimmen)

TOP 2: Mittelverteilungsvorschlag des Controllingausschusses für die offene Kinder- und Jugendarbeit (Rahmenkonzept OKJA) im Stadtteil für das Haushaltsjahr 2024 (Vorstellung und Beschlussfassung) dazu: Vertreter:innen des Amtes für Soziale Dienste, Sozialzentrum Süd

Frau Galle erläutert, auch für das kommende Haushaltsjahr überschreite das Antragsvolumen die zur Verfügung stehenden Mittel. Für das Jahr 2024 stünden dem Stadtteil Obervieland 492.354,00 € zur Verfügung (1.785,00 € mehr als im Haushaltsjahr 2023). Demgegenüber stehe eine Gesamtantragssumme von 693.980,30 €. Hierzu sei allerdings anzumerken, dass Teile der Antragssteller bereits mögliche Tariferhöhungen in den Personalkosten kalkuliert hatten. Dies sei allerdings im Verfahren unzulässig, da die aktuellen Tarifverhandlungen zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht rechtskräftig abgeschlossen waren. Außerdem sei in einigen Anträgen die Entlastung der Personalkosten durch ergänzende überregionale Mittel nicht kenntlich gemacht worden und es seien erneut auch Öffnungszeiten in den Vormittagsstunden in die Anträge eingeflossen. Hierzu gebe es jedoch die klar kommunizierte Haltung des Amtes, dass Öffnungszeiten an Vormittagen nicht aus Mitteln der offenen Kinder- und Jugendarbeit finanziert werden könnten. Die entsprechenden Träger wurden deshalb aufgefordert, diese Punkte nochmals in Änderungsanträgen darzulegen, so dass sich die tatsächliche Antragssumme aus diesen Gründen noch einmal verringern werde.

Zum Ende der Antragsfrist am 30.11.2023 seien sechs Anträge fristgerecht eingegangen, davon vier institutionelle Förderungen (AWO Jugendclub, AWO Funpark, DRK Aktiv-Treff und Kinder- und Jugendfarm) sowie zwei weitere Projektanträge (Bürgerhaus Obervieland und Vaja e.V.) In einer geschlossenen Sitzung des Controllingausschusses am 07.12.2022 erfolgte die erste Antragsichtung sowie eine Vorabinformation der CA- Vertreter:innen über den Mittelverteilungsvorschlag des Amtes.

In einer offenen Sitzung des Controllingausschusses am 14.12.2022 fand dann die Präsentation verschiedener Varianten von Mittelverteilungsvorschlägen statt, wobei diese ausschließlich von Amtsseite erarbeitet wurden. Die Trägervertreter:innen und die Vertreter:innen des Beirates hatten in diesem Rahmen keinen eigenen Mittelverteilungsvorschlag eingebracht. Das Amt habe sich dann für einen der eigenen Vorschläge entschieden und diesen zur Abstimmung gestellt. Dieser sei mit einer Ja-Stimme (anwesende Amtsvertreterin) bei 4 Nein-Stimmen (Trägervertreter:innen und Vertreter:innen des Beirates) abgelehnt worden. Frau Jank (Leitung Amt für Soziale Dienste, Sozialzentrum Süd) hatte dem Controllingausschuss anschließend unmittelbar ein für diesen Fall vorgesehenes Dissensverfahren angeboten. Dafür wurde ausschusseiteig jedoch keine erfolgsversprechende Perspektive gesehen, so dass

Frau Jank dann am 15.12.2023 die Entscheidung des Controllingausschusses ersetzt und folgenden Mittelverteilungsvorschlag für das weitere Verfahren entschieden hatte:

- Kinder- und Jugendfarm, Antragssumme: 214.793,69 €, Mittelverteilungsvorschlag: 135.397,35 €
- AWO Funpark, Antragssumme: 185.195,66 €, Mittelverteilungsvorschlag: 137.859,12 €
- AWO Jugendclub, Antragssumme: 180.662,04 €, Mittelverteilungsvorschlag: 145.244,43 €
- DRK Aktiv-Treff, Antragssumme: 90.925,24 €, Mittelverteilungsvorschlag: 53.853,10 €
- BGO, Antragssumme: 5.000,00 €, Mittelverteilungsvorschlag: 5.000,00 €
- Vaja e.V., Antragssumme: 17.403,67 €, Mittelverteilungsvorschlag: 15.000,00 €

= Gesamtantragssumme: 693.980,30 €, Mittelverteilung gesamt: 492.354,00 €

= Differenz: -201.626,30 €

Frau Galle ergänzt, mit Beschluss des Controllingausschusses vom Sommer 2022 sei vereinbart worden, die Mittelzuweisungen für die Kinder- und Jugendfarm in Habenhausen zugunsten einer dringend notwendigen Stärkung der Angebote in Kattenturm von seinerzeit 40% des Gesamtbudgets auf 25% bis zum Haushaltsjahr 2025 zurückzufahren. Dies vor dem Hintergrund, dass im Hinblick auf die OKJA-Zielgruppe in Habenhausen lediglich 6% (gegenüber 75% Zielgruppe in Kattenturm) des Gesamtbudgets zu rechtfertigen wären. Da die Farm allerdings mit einem so geringen Anteil nicht arbeitsfähig wäre, habe man diesen auf 25% festgesetzt. Die Absenkung sollte mindestens in jährlichen 5%-Schritten erfolgen, allerdings jährlich überprüft und ggf. auch erhöht werden. Die aktuelle Situation mache für das Haushaltsjahr 2024 nun eine 7,5%tige Absenkung notwendig, die wiederum auf den Funpark (3%), den Jugendclub 3,5% und den Aktiv-Treff (1%) umverteilt würden.

Kürzungen bei der Förderung des Bürgerhauses Obervieland (Projektförderung in einer Höhe von 5.000,00 €) und beim Streetwork-Angebot von Vaja würden zudem außer Frage stehen, da die Angebote mit geringeren Mitteln nicht aufrechtzuerhalten wären.

Die institutionellen Förderungen würden ab 01.01.2024 erstmalig als Festbetragsfinanzierungen beschieden. In Abgrenzung zur bisherigen Einordnung als Fehlbedarfsfinanzierung habe dies den Vorteil, dass Einnahmen, die im Laufe des Jahres von den Einrichtungen eingeworben werden können, nicht mehr angerechnet und zur Ergänzung der Zuwendungssumme genutzt werden können.

Hinsichtlich einer Zukunftsperspektive sei bereits jetzt erkennbar, dass die vorgenommene Umverteilung der Mittel nicht ausreichen werden, um die finanzielle Lücke, die in den letzten 10 Jahren zum Ortsteil Kattenturm gerissen wurde, zu schließen. Der Stadtteil müsse sich für das Jahr 2026 und Folgejahre erneut Gedanken machen. Auch die Schließung eines Angebotes werde dabei in den Fokus rücken.

Der Beiratssprecher kritisiert die aus seiner Sicht nicht ausreichende finanzielle Ausstattung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit als eine Missachtung durch das Parlament als verantwortlichem Haushaltsgesetzgeber. Die anerkannten und aufgrund verschiedener nicht beeinflussbarer Faktoren (Corona, Kriege, Inflation etc.) ansteigenden Förderbedarfe würden nicht ausreichend berücksichtigt und die Nettoanschlüsse somit faktisch weiter gekürzt. Der Beirat werde diesen Weg nicht mitgehen und sich für eine angemessene und nachhaltige Finanzierung aller Einrichtungen einsetzen. Er fordere daher das Parlament als Haushaltsgesetzgeber zu entsprechendem Handeln auf. Er verweist in diesem Zusammenhang auf ein Meinungsbild aus der letzten Beirätekonferenz, in dem alle Beiräte das geplante Vorgehen für die Verteilung der Haushaltsmittel 2024 grundsätzlich missbilligt und 17 Beiräte dieses sogar im aktuellen Verfahren sogar per Beschluss abgelehnt haben. Dem werde sich der Beirat Obervieland anschließen.

Herr Zeller verweist auf die Erstaufnahmeeinrichtung für unbegleitete minderjährige Ausländer in Habenhausen hin. Diese fänden bei der statistischen Betrachtung der Kinder- und Jugendfarm keine Berücksichtigung. Und gerade für diese Gruppe sei die Kinder- und Jugendfarm ein wichtiger Ruhepol nach Flucht und Vertreibung. Dies sollte sich in der Gesamtbewertung entsprechend niederschlagen.

Frau Jank weist darauf hin, dass über die Mittelbeantragung seitens des Parlaments entschieden werde. Nach Entscheidung würden diese Mittel dann von der Verwaltung verteilt. Fakt sei allerdings, dass die tatsächliche Mittelausstattung deutlich geringer als der angemeldete Bedarf sei. Da in Kattenturm amtsseitig der größte Bedarf gesehen werde, sei entschieden worden, dort den Mitteleinsatz zu Lasten der Kinder- und Jugendfarm zu erhöhen. Man sei aber bei der Mittelvergabe aber in der Summe an den für Obervieland festgelegten Haushaltsanschlag gebunden.

Herr Fabian lehnt den vorgestellten Vergabeentwurf ebenfalls ab. Er fordert eine Überarbeitung des Vergabesystems.

Frau Loroff weist auf die wichtige Arbeit der Träger hin und hält die geplante Finanzierung für nicht akzeptabel.

Frau Böhrnsen beklagt das systematische Runterwirtschaften der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und spricht sich gegen den Verteilungsvorschlag aus. Sie betont den Stellenwert der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und appelliert an die Verantwortlichen, für eine auskömmliche Finanzierung zu sorgen.

Herr Markus (Geschäftsführer Bürgerhaus Obervieland) fordert bei der Bedarfsermittlung eine größere Gewichtung der Angebotsinhalte und Qualitäten. Er beklagt zudem die seit Jahren unklare Situation, ob die Beiräte im Hinblick auf die Mittelverteilungsvorschläge Entscheidungsrechte hätten oder diese lediglich zur Kenntnis nehmen könnten. Das Ortsgesetz sehe bei Planungen für die Mittel der Kinder- und Jugendarbeit vor, dass der Beirat hier im Einvernehmen mit der zuständigen Stelle zu entscheiden habe. Das Ressort habe allerdings immer wieder argumentiert, dass die Mittelverteilung selbst nicht unter diese Regelung falle, da das Sozialgesetzbuch als höherrangiges Recht hier einen klaren Auftrag an die zuständige Stelle richte, der nicht durch einen Beschluss des Beirates ausgehöhlt werden könne. Dies sei eine insgesamt unbefriedigende Situation.

Der Beiratssprecher weist auf den sich aus dem Jugendhilfegesetz ableitenden Anspruch hin, dass jeder Jugendliche einen Anspruch auf Förderung habe, wobei die Betonung auf „jeder“ liegen müsse. In der Vergangenheit seien dafür umfangreiche Konzepte zur Qualitätsbestimmung und -sicherung erarbeitet worden, die aber niemals auskömmlich finanziert worden sind. Qualität habe aber ihren Preis. Daher bitte er die Amtsleitung um Unterstützung bei der Forderung nach einer auskömmlichen Finanzierung. Er selber werde sich unabhängig von der eigenen Parteizugehörigkeit dafür einsetzen.

Anschließend verliert **der Beiratssprecher** einen Beschlussvorschlag der in den Controllingausschuss entsandten Beiratsmitglieder. Im Anschluss stimmen sich die Fraktionen dahingehend ab, den Antrag als gemeinsamen Antrag aller Fraktionen abzustimmen und der Beirat fasst folgenden

Beschluss:

Der Beirat Obervieland lehnt den vom Amt für Soziale Dienste, Sozialzentrum Süd vorgelegten Mittelverteilungsvorschlag für die Offene Kinder- und Jugendarbeit des Haushaltsjahres 2024 im Stadtteil Obervieland ab und fordert das Amt als zuständige Stelle gemäß §11 Abs. 1 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeirOG) auf, den vollständigen Beschluss des Beirates dem zuständigen Parlamentsausschuss vorzulegen. Der Beirat bittet den Ausschuss, den Sachverhalt zeitnah zu erörtern und darüber zu beschließen.

Begründung:

In der Sitzung des Controllingausschusses (CA) am 14.12.2023 wurde der Mittelvorschlag des Amtes für Soziale Dienste, Sozialzentrum Süd durch die Träger- und Beiratsvertreter:innen im CA geschlossen abgelehnt. Die hier vorgeschlagene Mittelverteilung ist defizitär und entspricht nicht den finanziellen Anforderungen, um eine qualitativ gute und flächenmäßig abdeckende Jugendarbeit in Obervieland gewährleisten zu können. Insgesamt werden für alle betroffenen Einrichtungen zusammen lediglich 1.750,00 € mehr als im nunmehr auslaufenden Jahr zur Verfügung gestellt. Das entspricht nicht annähernd den gestiegenen Verwaltungskosten der jeweiligen Einrichtungen, welche bereits wegen der andauernd hohen Inflationsraten Einbußen in Kauf nehmen mussten. Ferner gewährleistet der Mittelvorschlag für die Angestellten der Einrichtungen keine Anpassung an den neuen Tarifvertrag für Löhne.

Im Beiratsgebiet Obervieland sind folgende Einrichtungen auf eine bessere finanzielle Versorgung angewiesen:

AWO Funpark, AWO Jugendclub, DRK Aktiv Treff, VaJA Streetwork, Kinder und Jugendfarm und das Bürgerhaus Obervieland. Weiterhin ist zwingend zu erwähnen, dass die Einrichtungen (bis auf eine) die Kriterien des Rahmenplans OJA mit den zur Verfügung stehenden Mitteln in Bezug auf das dort benannte Fachkräftegebot teilweise seit Jahren nicht mehr erfüllen können. Dieser Umstand wird sich angesichts der faktischen Mittelkürzungen weiter verfestigen.

Die Kinder- und Jugendeinrichtungen fangen im Rahmen der gesellschaftlichen Teilhabe und Bildung die Arbeit auf, welche Schulen aufgrund ihrer begrenzten Ressourcen nicht leisten können. Die Arbeit

der Jugendeinrichtungen umfasst neben einer attraktiven Freizeitgestaltung durch intensive Betreuung der Kinder und Jugendlichen zudem eine sehr gute Gewalt- und Suchtprävention. Den Kindern und Jugendlichen werden Handlungskompetenzen und Bewältigungsmechanismen vermittelt, von denen sie bis ins hohe Alter profitieren. Der Beirat Obervieland kritisiert, dass bei Jugendlichen gespart wird, welche in einigen Jahren zu Erwachsenen werden. Durch Einsparungen in der Jugend sparen wir an unserer gesellschaftlichen Zukunft.

Abstimmungsergebnis: Gesine Becker: Ja, Sven Boberg: Ja, Werner Bohlmann: Ja, Tuğba Böhrnsen: Ja, Andreas Breitzke: Ja, Stefan Faber: Ja, Roman Fabian: Ja, Gabriele Klaassen: Ja, Christin Loroff: Ja, Klaus Möhle: Ja, Ulf Nummensen: Ja, Klaus Sager: Ja, Frank Seidel: Ja, Heiko Zeller: Ja
(Einstimmige Zustimmung, 14 Ja-Stimmen, Sara Dahnken nimmt nicht an der Abstimmung teil)

Frau Becker verliert anschließend einen Antrag der Fraktion B90/Grüne zur zukünftigen Finanzierungssystematik der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Herr Fabian stellt fest, dass die bisherige Systematik eigentlich sehr gut funktioniere. Problematisch sei vielmehr die zu geringe Finanzausstattung. Der Beirat sollte aus seiner Sicht zukünftig bereits bei der Festlegung der erforderlichen Mittel und nicht erst bei der Mittelverteilung beteiligt werden.

Frau Becker fragt, ob wegen der Wirkung der Kinder- und Jugendfarm auf andere Stadtteile von dort zusätzliche Mittel zur Unterstützung der Farm zur Verfügung stünden.

Frau Galle erklärt dazu, dass Einrichtungen mit zentralstädtischer Bedeutung auf einen Topf für überregionale Mittel Zugriff hätten. Dieser werde von der Kinder- und Jugendfarm auch regelmäßig genutzt, die entsprechenden Zahlen der vergangenen Jahre seien auch im Transparenzportal öffentlich einsehbar.

Der Beiratssprecher stellt fest, es gebe aus seiner Sicht einige unklare Formulierungen im Antrag und schlägt vor, ihn daher zurückziehen, zu überarbeiten und in einer späteren Sitzung zur Abstimmung zu stellen.

Herr Seidel und Herr Faber schließen sich dem Vorschlag an.

Frau Becker regt an, den Bewilligungsprozess zukünftig in den Herbst vorzuziehen, um den Trägern bereits frühzeitig Planungssicherheit für das Folgejahr zu geben. Zudem folgt sie den Vorschlägen aus dem Gremium und zieht ihren Antrag vorerst zurück.

TOP 3: Geplante Änderungen des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeirOG): Erarbeitung einer Stellungnahme

Herr Faber stellt einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und CDU vor und der Beirat fasst folgenden

Beschluss:

- 1. Der Beirat Obervieland lehnt die seitens der Senatskanzlei geplanten Änderungen des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeirOG) im Hinblick auf die Regelungen zu den Stadtteilbudgets (Reduzierung auf das Stadtteilbudget der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung) ab.**
- 2. Der Beirat Obervieland fordert die übrigen Senatsressorts auf, künftig Haushaltsstellen für die Stadtteilbudgets der Beiräte einzurichten.**
- 3. Der Beirat Obervieland fordert die Senatskanzlei auf, in diesem Zuge folgende Änderung des §10 Abs.1 Nr.3 BeirOG vorzusehen:
(Der Beirat entscheidet über) „die Verwendung aller Stadtteilbudgets für orts- und stadtteilbezogene Maßnahmen aller beteiligten und fachlich zuständigen senatorischen Behörden gemäß §32 (4). Dazu sind Richtlinien durch die fachlich zuständige senatorische Behörde im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde zu erlassen und den Beiräten mitzuteilen.“**
- 4. Der Beirat Obervieland fordert die Senatskanzlei auf, den §10 Abs. 3 BeirOG dahingehend zu ergänzen, dass (bis zur Ausweisung der Stadtteilbudgets der übrigen Senatsressorts) für die Verwendung des Stadtteilbudgets der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung ausdrücklich auch das Aufstellen von Sitzbänken, die Sanierung von Grünwegeverbindungen sowie verkehrliche Schutzmaßnahmen für Pflanzungen im öffentlichen Raum zugelassen werden.**

Begründung:

Im Jahre 2015 erstritt der Beirat Schwachhausen vor dem Verwaltungsgericht Bremen (vgl. Az. 1 K 2236/15), dass alle Ressorts in ihren Haushaltsplänen eine Haushaltsstelle „Stadtteilbudget“ einzurichten haben. Dies betrifft vor allem, aber nicht nur, die Bereiche Verkehr, Kultur, Bildung und Soziales.

Diesem Rechtsanspruch sind bisher nur die Ressorts Bau Mobilität und Stadtentwicklung und die Senatorin für Kinder und Bildung (im Jahr 2021) nachgekommen. Die Senatorin für Kinder und Bildung hat auf die im Jahr 2021 eingerichtete Haushaltsstelle, für die Jahre 2022 und 2023, jeweils 150 T€ eingestellt. Da die Mittel von den Beiräten nicht eingefordert wurden, wurden diese Mittel auf andere Haushaltsstellen umgeschichtet.

Diese Mittel wurden jedoch vor allem deshalb nicht abgerufen, weil den Beiräten diese Gelder nicht bekannt waren.

Die jetzt geplante Änderung des BeirOG ist damit eine Verschlechterung der Gestaltungsmöglichkeiten der Beiräte und soll im Nachhinein die rechtswidrige Praxis (Nichteinrichtung der gesetzlich geforderten Haushaltsstellen mit hinterlegten Geldern für die Beiräte) legalisieren.

Wir erwarten daher, dass entsprechend der aktuellen Rechtsprechung Haushaltsstellen in den Ressorts eingerichtet und die Gelder daraus den Beiräten vollumfänglich zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis: Gesine Becker: Ja, Sven Boberg: Ja, Werner Bohlmann: Ja, Tuğba Böhrnsen: Ja, Andreas Breitzke: Ja, Sara Dahnken: Ja, Stefan Faber: Ja, Roman Fabian: Ja, Gabriele Klaassen: Ja, Christin Loroff: Ja, Klaus Möhle: Ja, Ulf Nummensen: Ja, Klaus Sager: Ja, Frank Seidel: Ja, Heiko Zeller: Ja (Einstimmige Zustimmung, 15 Ja-Stimmen)

TOP 4: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten (vorab über office@oaobervieland.bremen.de oder während der Sitzung über Wortmeldung/Chat-Beitrag)

Herr Fabian weist als Betriebsrat des Klinikums Links der Weser auf das geplante Nachnutzungskonzept für das Klinikum Links der Weser hin. Dieses sei Mitte Dezember dem Aufsichtsrat der Gesundheit Nord vorgestellt worden. Er bittet den Beirat, hinsichtlich der Stadtteilbeteiligung sich für eine frühzeitige Beteiligung und maximale Transparenz einzusetzen.

TOP 5: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

- 16.01.2024: Beiratssitzung

Sitzungsleitung
gez. Radolla

Beiratssprecher
gez. Möhle

Protokoll
gez. Dorer